

Tamara Jenni

Betreff: WG: Wasserver- und Abwasserentsorgung Gemeinde Amsoldingen (Ref. 331-777 / 332-508)

Von: Tamara Jenni

Gesendet: Donnerstag, 14. November 2024 12:27

An: [REDACTED]

Cc: Andreas Bösch <a.boesch@amsoldingen.ch>

Betreff: Wasserver- und Abwasserentsorgung Gemeinde Amsoldingen (Ref. 331-777 / 332-508)

Guten Tag Frau Lüdi

Untenstehend lasse ich Ihnen die Stellungnahme vom Gemeinderat zukommen.

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 04.11.2024 folgendes beschlossen:

WASSER

- Mittelfristig auf ein Gebührensystem zu wechseln, welches dem Verursacher- und Äquivalenzprinzip besser gerecht wird.
 - o Beschluss Gemeinderat: Aufnahme in Pendenzenliste. Erledigung bis 31.12.2029 (mittelfristig analog Finanzplanung).
- Die Anschlussgebühren lediglich um 20 % zu verändern.
 - o Beschluss Gemeinderat: Da sich die Anschlussgebühren gemäss Reglement (genehmigt vom Volk) am Baukostenindex orientieren, soll die Erhöhung von 25% vollzogen werden. Künftig wird der Index jährlich überprüft und wenn nötig die Gebühren angepasst. So dass eine Erhöhung von mehr als 20% nicht mehr geschehen sollte (ausser die Teuerung ist innerhalb eines Jahres so markant).
- Die Einlage in den Werterhalt SF Wasserversorgung auf maximal 60 % der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswerten festzulegen.
 - o Beschluss Gemeinderat: Hat der Gemeinderat bereits an der Sitzung vom 01.07.2024 so beschlossen.
- Die Anschlussgebühren an die Einlage in den Werterhalt SF Wasserversorgung anzurechnen.
 - o Beschluss Gemeinderat: Hat der Gemeinderat bereits an der Sitzung vom 01.07.2024 so beschlossen.
- Die wiederkehrenden Gebühren gegebenenfalls zu senken.
 - o Beschluss Gemeinderat: Aktuell aufgrund der Prognose nicht möglich. Wird jährlich überprüft.

ABWASSER

- Mittelfristig auf ein Gebührensystem zu wechseln, welches dem Verursacher- und Äquivalenzprinzip besser gerecht wird.
 - o Beschluss Gemeinderat: Aufnahme in Pendenzenliste. Erledigung bis 31.12.2029 (mittelfristig analog Finanzplanung).
- Die Anschlussgebühren lediglich um 20 % zu verändern.
 - o Beschluss Gemeinderat: Da sich die Anschlussgebühren gemäss Reglement (genehmigt vom Volk) am Baukostenindex orientieren, soll die Erhöhung von 25% vollzogen werden. Künftig wird der Index jährlich überprüft und wenn nötig die Gebühren angepasst. So dass eine Erhöhung von mehr als 20% nicht mehr geschehen sollte (ausser die Teuerung ist innerhalb eines Jahres so markant).
- Die Einlage in den Werterhalt SF Abwasserversorgung auf maximal 60 % der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswerten festzulegen.
 - o Beschluss Gemeinderat: Den Einlagesatz in den Werterhalt bei der regionalen Anlage ebenfalls auf 60% zu reduzieren.
- Die wiederkehrenden Gebühren gegebenenfalls zu senken.

- Beschluss Gemeinderat: Aktuell aufgrund der Prognose nicht möglich. Wird jährlich überprüft.

Die Stellungnahme des Gemeinderates und die Empfehlungen des Preisüberwachers werden in der Aktenaufgabe einsehbar sein.

Ich hoffe, dass das so in Ordnung ist und wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Freundliche Grüsse



Tamara Jenni
Finanzverwalterin

Dorfstrasse 35
3633 Amsoldingen
033 341 11 88
t.jenni@amsoldingen.ch

Ich arbeite Teilzeit und bin in der Regel am Montagnachmittag, Dienstag (Homeoffice) und Donnerstag für die Gemeinde Amsoldingen tätig.



Denken Sie vor dem Drucken an die Umwelt.
Veuillez penser à l'environnement avant d'imprimer ce Mail.

DISCLAIMER: Diese Nachricht ist nur für den Adressaten bestimmt. Jede unbefugte Verwendung ist untersagt. Sollten Sie diese E-Mail irrtümlicherweise erhalten haben, bitten wir um umgehende Information und endgültige Löschung auf Ihren Systemen. Vielen Dank.

CLAUDE DE NON-RESPONSABILITÉ: Ce message est destiné exclusivement aux destinataires. Toute utilisation non autorisée est interdite. Si vous avez reçu ce message par erreur, nous vous prions de votre information immédiate et de la radiation définitive sur votre système. Merci.



CH-3003 Bern

PUE; edrd

POST CH AG

An den Gemeinderat der
Gemeinde Amsoldingen
Dorfstrasse 35
3633 Amsoldingen

Per E-Mail: t.jenni@amsoldingen.ch

Aktenzeichen: PUE-332-508

Ihr Zeichen:

Bern, (Datum vgl. Datumsstempel der elektronischen Unterschrift)

Empfehlung zur geplanten Gebührenverordnung Abwasserentsorgung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Eingabe vom 02.07.2024 haben Sie uns die Unterlagen betreffend die Anpassung der Abwassergebühren der Gemeinde Amsoldingen (in der Folge «Gemeinde») zur Überprüfung zugestellt.

Gestützt auf die eingereichten Unterlagen lassen wir Ihnen nachfolgende Empfehlung zukommen.

1. Rechtliches

Das Preisüberwachungsgesetz (PüG; SR 942.20) gilt für Wettbewerbsabreden im Sinne des Kartellgesetzes vom 6. Oktober 1995 und für marktmächtige Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts (Art. 2 PüG). Die Gemeinde verfügt in ihrem Entsorgungsgebiet über ein lokales öffentliches Monopol in der Abwasserentsorgung. Damit ist Art. 2 PüG einschlägig und die Unterstellung unter das PüG gegeben.

Ist die Legislative oder die Exekutive des Bundes, eines Kantons oder einer Gemeinde zuständig für die Festsetzung oder Genehmigung einer Preiserhöhung, die von den Beteiligten an einer Wettbewerbsabrede oder einem marktmächtigen Unternehmen beantragt wird, so hört sie zuvor den Preisüberwacher an. Er kann beantragen, auf die Preiserhöhung ganz oder teilweise zu verzichten oder einen missbräuchlich beibehaltenen Preis zu senken (Art. 14 Abs. 1 PüG). Die Behörde fügt die Stellungnahme in ihrem Entscheid an. Folgt sie ihr nicht, so begründet sie dies (Art. 14 Abs. 2 PüG).

Preisüberwachung PUE
Einsteinstrasse 2
3003 Bern
Tel. +41 58 462 21 01
greta.luedi@pue.admin.ch
<https://www.preisueberwacher.admin.ch/>



2. Gebührenbeurteilung

2.1 Eingereichte Unterlagen

Mit Eingabe vom 02.07.2024 wurden alle erforderlichen Unterlagen eingereicht.

2.2 Vorgesehene Anpassung

Die Gemeinde sieht vor, die Gebühren per 01.01.2025 wie folgt anzupassen:

	bis 31.12.2024	ab 01.01.2025
<i>Anschlussgebühren</i>		
Pro Belastungswert (BW):	CHF 100.–	CHF 125.–
Pro m ² entwässerte Fläche:	CHF 1.–	CHF 1.25

Die wiederkehrenden Gebühren werden nicht verändert.

Für detaillierte Informationen bezüglich der Tarifstruktur siehe auch die von der Gemeinde eingereichten Unterlagen zu den Anschluss- und Benützungsgebühren.

2.3 Beurteilungsgrundlagen

Die Beurteilung erfolgt gemäss der Anleitung und Checkliste zur Festlegung der Gebühren in den Bereichen Wasser und Abwasser sowie abgestützt auf die Prüfmethode für Wasser- und Abwassertarife (vgl. <https://www.preisueberwacher.admin.ch/pue/de/home/themen/infrastruktur/abwasser.html>).

Die Beurteilung der Preisüberwachung berücksichtigt die Vorgaben von Art. 60a des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG - SR 814.20) und der Gewässerschutzverordnung (GSchV - SR 814.201).

2.4 Gebührenmodell

2.4.1 Grundgebühren

Es gilt insbesondere abzuklären, ob alle, die die Infrastruktur nutzen und Leistungen beziehen oder Kosten verursachen, ihren angemessenen Anteil zahlen. Hier stellt sich zum Beispiel die Frage, ob den Gemeinden und den Kantonen ihr Anteil für die Strassenentwässerung und ob der Verbrauch der Gemeinde selber insgesamt korrekt verrechnet wird. Auch die Gebühren für die Grossverbraucher müssen ihrem Anteil an den Kosten entsprechen und dürfen nicht überproportional erhöht werden.

Ein grosser Teil der Kosten der Abwasserentsorgung fällt unabhängig vom Verbrauch an. Daher sollten bei einem finanziell nachhaltigen Gebührenmodell mindestens 50 % der Einnahmen über verbrauchsunabhängige Gebühren (Grundgebühren) generiert werden. Bei der Siedlungsentwässerung machen die Kosten der Regenwasserableitung einen bedeutenden Teil der Kosten aus. Ein verursachergerechtes Gebührenmodell im Bereich Abwasser beinhaltet daher auch eine Regenwassergebühr.

Je nach Anteil der Gebühreneinnahmen, welcher über die Grundgebühren generiert wird, sind die Anforderungen an die Bemessungskriterien für diese Gebührenkomponente unterschiedlich. Mit einer einheitlichen Taxe pro Anschluss sollte nicht mehr als die Hälfte der Gebühreneinnahmen generiert werden. Eine einheitliche Taxe pro Wohnung sollte auch bei Einpersonenhaushalten (Modellhaushalt des Preisüberwachers) nicht höher ausfallen als die Belastung durch die Verbrauchsgebühr (vgl. Beilage 1: «Empfohlene Modelle für die Grundgebühren bei der Abwasserentsorgung»).

Wenn der Anteil der Einnahmen aus Grundgebühren mehr als die Hälfte der Gebühreneinnahmen ausmacht, sollten sich die Bemessungskriterien vermehrt an den Einflussfaktoren für die Bemessung der Infrastruktur orientieren. Dieser Anforderung werden die Belastungswerte (resp. Load Units) gemäss SVGW am besten gerecht, im Abwasserbereich kombiniert mit der verdichteten entwässerten Fläche. Die Erfassung und Nachführung der Belastungswerte ist administrativ zwar aufwändig, kann aber durch das Bilden von Tranchen mit einer leicht degressiven Ausgestaltung vereinfacht und verursachergerecht (Degressivität) gestaltet werden. Bedeutend einfacher ist ein Staffeltarif basierend auf dem jährlichen Wasserverbrauch, im Abwasserbereich auch wieder kombiniert mit der verdichteten entwässerten Fläche. Der Staffeltarif ist jedoch in Gemeinden mit einem hohen Zweitwohnungsanteil nicht geeignet.

Der Preisüberwacher erachtet sämtliche von den Verbänden aktuell empfohlenen Bemessungskriterien als sinnvoll. Zusätzlich zu den von den Fachverbänden vorgeschlagenen Modellen, sind aus Sicht des Preisüberwachers für die Bemessung der Grundgebühr auch Kombinationen geeignet. So kann eine Mischung aus einer Gebühr pro Anschluss mit einer Gebühr pro Wohnung – je nach Gebührenanteil zusätzlich abgestuft nach Wohnungsgrösse – herangezogen werden, um die Grundgebühr zu bestimmen (vgl. Beilage 1: «Empfohlene Modelle für die Grundgebühren bei der Abwasserentsorgung»).

Die Gemeinde erhebt eine einheitliche Grundgebühr pro Wohneinheit. Aufgrund der fixen Gebühr pro Wohneinheit unabhängig von der Wohnungsgrösse, ist die Belastung für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und speziell für kleine¹ Wohnungen im Verhältnis zu hoch. Die Gleichbehandlung von Einfamilienhäusern, grossen und kleinen Wohnungen widerspricht sowohl dem Verursacher- wie auch dem Äquivalenzprinzip. Die einheitliche Grundgebühr pro Wohnung sollte nicht höher sein als der Verbrauchspreis für einen Einpersonenhaushalt bzw. von 50 m³ Wasserkonsum. Der Preisüberwacher empfiehlt daher, mittelfristig ein im Anhang ersichtliches Grundgebührenmodell einzuführen.

2.4.2 Anschlussgebühren

Vorab ist festzuhalten, dass die Anschlussgebühren dazu dienen, die Gebührenzahler an der Finanzierung der erstmaligen Erstellung der Infrastruktur zu beteiligen. Die Anschlussgebühren stellen keine nachhaltige Finanzierungsquelle dar. Die Erneuerung der Anlagen sollte in der Regel über wiederkehrende Gebühren finanziert werden und nötigenfalls auch mit Fremdkapital.

Es gibt verschiedene anwendbare Methoden für die Bemessung von Anschlussgebühren. Da es sich in der Regel um relativ hohe einmalige Beiträge handelt, ist aus Gründen der rechtlichen Gleichbehandlung bestehender und neuer Anschliessender von starken Änderungen abzusehen. Ein Wechsel der Berechnungsbasis bei den Anschlussgebühren ist daher besonders heikel. Wenn sich eine Anpassung der Berechnungsbasis aufdrängt, sollte diese nicht gleichzeitig mit einer Erhöhung der durchschnittlichen Gebühr erfolgen, um zu grosse individuelle Gebührensprünge zu vermeiden. Generell empfiehlt der Preisüberwacher bei Anpassungen dafür zu sorgen, dass die Anschlussgebühren für keine Gebäudeart um mehr als 20 % verändert werden.

Anders sieht es bei der reinen Kostenüberwälzung aus, wie dies bei Erschliessungsbeiträgen der Fall ist. Aus Sicht des Verursacherprinzips steht der Überwälzung der Erschliessungskosten auf die Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer nichts im Weg. Im Gegenteil: Es ist sogar störend, wenn alle Gebührenzahlenden die Erschliessung neuer Bauzonen vorfinanzieren.

Der Preisüberwacher empfiehlt der Gemeinde, die Anschlussgebühren lediglich um 20 % anstelle von 25 % zu verändern.

¹ Studios und Wohnungen, die weniger als drei Zimmer oder 60 m² Wohnfläche aufweisen

2.5 Gebührenhöhe und Kostendeckung

2.5.1 Kostenabgrenzung und anrechenbare Kosten

Das Prinzip verursachergerechter Gebühren verlangt, dass mit den Gebühren nur Kosten bezahlt werden, die von den Nutzerinnen und Nutzern der Leistung verursacht werden.

Wichtig in Bezug auf die Kostenabgrenzung ist auch, dass alle Investitionen, inklusiv Ersatzinvestitionen, aktiviert werden. Darunter fallen insbesondere auch der Leitungsersatz und die Projektierungskosten. Damit eine hinreichend periodengerechte Abgrenzung gewahrt bleibt, sollten die jährlich in die Erfolgsrechnung verbuchten Investitionen weniger als 10 % des gesamten Aufwands des Betriebs ausmachen. Andernfalls sollte die Aktivierungspraxis geändert werden. Auf jeden Fall ist sicherzustellen, dass alle, auch die nicht aktivierten Investitionen über das Konto «SF Wasserversorgung Werterhalt» finanziert werden, solange der Saldo dieses Vorfinanzierungskontos dies zulässt. Über das erwähnte Vorfinanzierungskonto ist ebenfalls der jährliche Bauunterhalt abzurechnen.

Die Gemeinde sieht eine Einlage in die Spezialfinanzierung in der Höhe von durchschnittlich 62 % der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswerten pro Jahr vor². Der Kanton Bern sieht mit den Einlagen in die Vorfinanzierung Werterhalt von mindestens 60 % der Abschreibungen auf Wiederbeschaffungswerten schon eine sehr starke Vorfinanzierung vor. Diese 60 % stellen gleichzeitig das höchste Mass an Vorfinanzierung dar, welche der Preisüberwacher im Kanton Bern akzeptiert. Der Preisüberwacher empfiehlt folglich, die Einlage in den Werterhalt SF Wasserversorgung auf maximal 60 % der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswerten festzulegen und die wiederkehrenden Gebühren gegebenenfalls zu senken.

² Gemäss eingereichtes Dokument «Jahresrechnung-2023-nach-GV»

3. Empfehlung

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen und in Anwendung der Artikel 2, 13 und 14 PüG empfiehlt der Preisüberwacher der Gemeinde:

- **Mittelfristig auf ein Gebührensystem zu wechseln, welches dem Verursacher- und Äquivalenzprinzip besser gerecht wird (vgl. Beilage).**
- **Die Anschlussgebühren lediglich um 20 % zu verändern.**
- **Die Einlage in den Werterhalt SF Wasserversorgung auf maximal 60 % der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswerten festzulegen.**
- **Die wiederkehrenden Gebühren gegebenenfalls zu senken.**

Wir weisen Sie darauf hin, dass die zuständige Behörde die Stellungnahme des Preisüberwachers in ihrem Entscheid aufzuführen und, falls sie der Empfehlung nicht folgt, in der Veröffentlichung ihren abweichenden Entscheid zu begründen hat (Art. 14 Abs. 2 PüG). Wir bitten Sie, uns Ihren veröffentlichten Entscheid zukommen zu lassen. Sobald die zuständige Behörde bei der Gemeinde den Entscheid gefällt hat, werden wir die vorliegende Empfehlung auf unserer Webseite veröffentlichen. Falls diese aus Ihrer Sicht Geschäfts- oder Amtsgeheimnisse enthält, bitten wir Sie, diese mit der Mitteilung Ihres Entscheides zu bezeichnen.

Freundliche Grüsse



Niederhauser Beat GBR9J0
17.09.2024

Info: admin.ch/esignature | validator.ch

Beat Niederhauser
Geschäftsführer und Stellvertreter des Preisüberwachers

Beilage:

- Empfohlene Modelle für die Grundgebühren bei der Abwasserentsorgung

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Webseite:

<https://www.preisueberwacher.admin.ch/pue/de/home/themen/infrastruktur/abwasser.html>

Beilage 1: Empfohlene Modelle für die Grundgebühren bei der Abwasserentsorgung

Modell Grundgebühr	Zusätzliche Bedingungen	Bemerkungen	Anteil Einnahmen aus Grundgebühren
Belastungswerte (Load Units)		Um den Erfassungsaufwand zu reduzieren ist es empfehlenswert, die Load Units zu gruppieren und leicht degressiv auszugestalten. Die degressive Ausgestaltung entspricht auch besser dem Verursacherprinzip.	uneingeschränkt
Staffeltarif basierend auf dem jährlichen Wasserverbrauch	Nicht für Gemeinden mit grossem Zweitwohnungsanteil geeignet.		uneingeschränkt
Einheitliche Grundgebühr pro Wohnung -> Übergangslösung, solange Grundgebühr sehr niedrig	Grundgebühr < Preis von 50 m ³ Wasserkonsum	Die fixen Gebühren können zusammen mit der Regenwassergebühr auch mehr als 30 % ausmachen.	< 30 %
Einheitliche Gebühr pro Anschluss oder Zähler(grösse) -> Übergangslösung, bis zu einem Grundgebührenanteil von 50 %	Bei der Differenzierung nach Zählergrösse ist darauf zu achten, dass die Zähler im ganzen Einzugsgebiet nach einheitlichen Kriterien installiert wurden.	Einfachheitshalber kann die Regenwassergebühr bis zu einer versiegelten Fläche von z. B. 200 m ² integriert werden. Falls kein Regenwasser eingeleitet wird, muss aber ein entsprechender Rabatt gewährt werden.	< 50 %
Einheitliche Grundgebühr pro Wohnung kombiniert mit einheitlicher Gebühr pro Anschluss oder Zähler	Grundgebühr pro Wohnung < Preis von 50 m ³ Wasserkonsum	Vgl. oben.	< 60 %
Grundgebühr abgestuft nach Wohnungsgrösse	Bei einem Grundgebührenanteil von mehr als 60 % ist es angebracht, die Wohnungsgrösse sehr stark abzustufen (Anzahl Zimmer oder Wohnfläche)	Dieses Modell ist verursachergerechter, wenn es mit einer Gebühr pro Anschluss/Zähler kombiniert wird, da so die Fixkosten pro Anschluss besser berücksichtigt werden. Zudem kann für kleine Flächen die Regenwassergebühr integriert werden (vgl. oben).	uneingeschränkt

Alle Modelle kombiniert mit einer Regenwassergebühr auf der versiegelten Fläche in die Kanalisation entwässerten Fläche.